

In letzter Zeit haben sich auf lokaler Ebene Anschläge auf Führungspersonal sozialer Initiativen- darunter oftmals frühere FARC-Kämpfer- gehäuft. Die Führung der FARC-Partei ist besorgt über unzureichenden Personenschutz und erinnert an das Schicksal der Führung der Linkspartei Unión Patriótica (UP) in den 1980er Jahren.

EL ESPECTADOR berichtet am 24.1.2018:

Die FARC ist alarmiert durch die Attentate

Die neue Partei kündigt an, dass die Vorstellung ihres Präsidentschaftskandidaten und der Kandidatenlisten für die Parlamentskammern wie vorgehesehen am 27. Januar erfolgen soll. Sie fordert von der Regierung Sicherheitsgarantien.

Nachdem die UP entstanden war als legale Option für frühere Kämpfer, die die Waffen zuvor gegen den Staat gerichtet hatten, hatte sie nur sehr selten die Chance, auf demokratischer Bühne Siege zu erringen. Ihr Präsidentschaftskandidat Jaime Pardo Leal wurde im Oktober 1987 ermordet, und das ganze Land hatte gewusst, dass früher oder später dieser Mord geschehen würde.

Im Laufe der Zeit nahm die Welle der Gewalt gegen die Partei zu. Nach und nach wurden ihre aktiven Mitglieder getötet, was so weit ging, dass zwischen 1985 und 1988 man 573 Tote zählte unter den Mitgliedern des sog. „politischen Arms“ der heute entwaffneten FARC-Guerrilla. Mehr als 20 Jahre später, im September 2016, bat Präsident Santos dafür im Namen des kolumbianischen Staates um Entschuldigung.

Angesichts dieser Vorgeschichte und unter Berücksichtigung der systematischen Ausführung von Gewaltakten, die nach dem Abschluss des Friedensvertrages im Theater Colon registriert wurden, scheint nicht mehr unwahrscheinlich, dass man von einer Wiederholung der Geschehnisse nicht mehr weit entfernt ist. Die Mitglieder der entstehenden Partei FARC haben an die Regierung appelliert, dass sie Sicherheitsgarantien für diesen Schritt in die Legalität aussprechen soll, da die Morde, Drohungen und Feindseligkeiten zum Alltag gehören.

Am vergangenen Sonntag informierte die FARC, dass eine ihrer Aktiven, Leydy Johana Poblador, von zwei Männern und einer Frau, die maskiert waren, mit Maschinenpistolen bedroht wurde und man ihr ankündigte, dies sei nur der Beginn von gewalttätigen Aktionen gegen sie und die Mitglieder ihrer Partei, die in der Hauptstadt leben. Dies geschah im Stadtteil Ciudad Bolívar in Bogotá.

In der Tat sind die Sicherheitsgarantien für die Mitglieder der neuen Partei eine der Angelegenheiten, welche die Führung am stärksten besorgt machen, zumal am 27. Januar offiziell ihre Wahlkampagne eröffnet werden soll, was einen Teil der Bürger mit Angst und Wut erfüllt.....

Zudem richtet die FARC-Führung schwere Vorwürfe an jene, die gegen sie sog. Hasskampagnen führen. „Man kann ohne großes Zögern annehmen, dass die Veranstaltung am 27. Januar von den Feindkampagnen markiert ist, um unsere Partei einzuschüchtern in ihrem Bemühen um Versöhnung und Frieden, das sich ausdrückt in unserer Annäherung an die sozialen Bewegungen, denen diejenigen angehören, die vom neoliberalen Wirtschaftsmodell am meisten betroffen sind“, sagte Sergio Marín, Mitglied des Vorstandes der FARC in Bogotá.

Trotz der Drohungen beschloss die Partei, den Termin am 27.1. beizubehalten, und sie forderte von den lokalen und nationalen Behörden, Vorkehrungen zu treffen, um Leben zu schützen und die politische Betätigung der Partei zu sichern. Nach Feststellung der Partei wurden bisher 36 frühere Kämpfer ermordet, jüngst Wilamr Asprilla und Àngel de Jesús Montoya in der Gemeinde Peque (Dept. Antioquia).

Ferner gab die FARC bekannt, dass 13 Familienangehörige ermordet wurden. Das Innenministerium erneuerte sein Versprechen, die früheren Kämpfer zu schützen, damit diese ihre Wahlkampfaktivitäten fortsetzen können. Dies wird vor allem nötig für die Begleitung von Rodrigo Londoño („Timochenko“), der am Samstag aus Kuba zurückkam. Die Lage ist für die neue Partei nicht einfach, und die Regierung stellt sich die Aufgabe, ob sie verhindern kann, dass die Geschichte sich wiederholt.